

Dezentralisierung und lokale Entwicklung

Die KAS veranstaltete am 24. September 2015 gemeinsam mit der Gemeinschaft der kroatischer Gespanschaften und der Zeitschrift „Lider“ eine Fachkonferenz zum Thema: „Dezentralisierung und lokale Entwicklung“. In Anwesenheit hochrangiger (Kommunal-) Politiker und Verwaltungsexperten, referierte Dr. Günter W. Dill über seine Erfahrungen als langjähriger Berater im Bereich der lokalen bzw. regionalen Selbstverwaltung.

Die Konferenz wurde vom Präsidenten der Gemeinschaft der kroatischer Kommunen und Vorsitzenden der Gemeinde Virovitica-Podravina, **Tomislav Tolušić** eröffnet. In seiner Rede betonte er, dass die Bürger die Objekte jeder Dezentralisierung seien und nicht etwa die Politiker oder die Medien und auch nicht die lokale Behörden. Tolušić stellte fest, dass mit der Dezentralisierung versucht werde, eine zu starke Konzentration von Entscheidungskompetenzen an einem Ort zu vermeiden, und dafür zu sorgen, dass im ganzen Land die Lebensverhältnisse sich so gleichmäßig wie möglich entwickelten. Er nahm dabei auch Bezug auf die politisch umstrittene Anzahl von Gemeinden und Städten in Kroatien, die von vielen Experten als zu groß (und damit als zu teuer) eingeschätzt wird. Er betonte, dass über diese Frage jedoch erst am Ende einer Reform des Staatsaufbaus in Kroatien und nicht am Anfang debattiert werden solle. Am Ende betonte er, dass die (noch) existierenden „Gespanschaften“ nicht nur ein Teil der Statistik, sondern ein zuverlässiger Partner und ein Bindeglied zwischen den Bürgern, den Ländern und der EU sein wollen, und es das Ziel sei den kroatischen Bürgern einen möglichst hohen Lebensstandard zu sichern.

Danach begrüßte der Berater der kroatischen Präsidentin für Verfassungs- und Rechtsfragen, **Vladimir Šeks** die Gäste und verwies darauf, dass sich der Zuschnitt der Aufgaben der lokalen Selbstverwaltungen aus dem „Subsidiaritätsprinzip“ ergäben und dass diese dann von den Politikern vor Ort im Sinne der Bürger bewältigt werden sollten. Eine Reform der Selbstverwaltung bzw. der kommunalen Ordnung sollte zuerst von entsprechenden Experten erarbeitet und dann von der Politik entschieden werden.

Den erste Fachvortrag hielt dann der Professor für Politikwissenschaften an der Universität Zagreb, **Prof. Dr. Zdravko Petak**, unter dem Titel: „Kroatiens Politikgestaltung auf regionaler Ebene und das Partnerschaftsprinzip“, in der er das Problem der Kapazitäten (policy capacity) auf der regionalen Ebene darstellte. Danach beschrieb er die mögliche Rolle regionalen Verwaltungen in der Koordinierung von politischen Maßnahmen und dem Angebot bestimmter öffentlicher Dienstleistungen. Er wies darauf hin, dass politische Entscheidungen auf lokaler Ebene nicht nur von denjenigen getroffen werden sollten, die nach gewonnenen Lokalwahlen Ämter innehaben, sondern auch von denjenigen beeinflusst werden sollten, die von ihnen unmittelbar betroffen wären (Bürgerinteresse) und all jenen; die Interesse hätten, dass die öffentlichen Dienstleistungen noch kostengünstiger und effizienter angeboten werden. Dabei wären die Steuerkraft, die Verwaltungskapazität und die Fähigkeit zur effizienten politischen Entscheidungsfindung die wichtigsten Kriterien für die Gestaltung der Politik auf lokaler und regionaler Ebene.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

ANITA ŠAKIĆ

Oktober 2015

www.kas.de

Dr. Sandra Švaljek vom „Ökonomischen Institut“ in Zagreb betonte in ihren Vortrag zum Thema: „Ökonomische Aspekte der Dezentralisierung“ die Notwendigkeit der Durchführung einer umfassenden Reform der Finanzbeziehungen der Kommunen, die sorgfältig vorbereitet werden sollte. Die vorzuschlagenden Reformen sollten zu einer besseren Leistungserbringung für die Bürger, einer klareren Allokation der Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen Ebenen der Verwaltung, einer Stärkung der administrativen und finanziellen Kapazitäten auf lokaler Ebene zwecks Umsetzung der Investitionsvorhaben führen. Dazu bedarf es der Festlegung klarer Haushaltsregeln und der Bereitstellung eines finanziellen Rahmens, der den lokalen Verwaltungen eine stabile Finanzierung sichere. Für den Erfolg der Reformen sei eine gute Vorbereitung der Reform, klare politische Führung, eine umfassende Kommunikation, die Wahl des politisch richtigen Moments sowie vor allem eine „Partnerschaft mit den Bürgern“ von besonderer Bedeutung.

Die Regierungsbeauftragte für Öffentliche Information, **Dr. Anamarija Musa** betonte dann in Ihren Vortrag die Notwendigkeit von Transparenz und Offenheit sowie die Orientierung auf die Bürger und die Wirtschaft. Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen gebe es keine erfolversprechende Weiterentwicklung der Dezentralisierung, denn Transparenz und Offenheit stehen immer am Anfang einer erfolgreichen Lösung eines Problems. Die Informationen müssten proaktiv verbreitet werden, um auf diese Weise die Beteiligung der Bürgern, der Zivilgesellschaft und des Privatsektors in die Entscheidungsprozesse und die Mechanismen der Kontrolle und der Leistungserbringung einzubeziehen. Die dem Ziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienenden Informationen über Projekte, sollten so umfassend wie möglich sein.

Der deutsche Experte im Bereich der internationalen Lokal- und Verwaltungspolitik, **Dr. Günter W. Dill**, konzentrierte seinen Vortrag auf die Organisationsformen lokaler und regionaler Selbstverwaltung in Deutschland. In Deutschland habe die Dezentralisierung erheblich zu Stärkung der politischen

Stabilität im Lande beigetragen. Sie erlaube bürgernahe Problemlösungen, stärke die Bürgerbeteiligung durch politische Partizipation und schütze sie durch rechtsstaatliche Garantien vor zentralistischen „Rückfällen“. Die Professionalisierung der Dienstleistungen führe dabei auch zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger, steigere das Zusammengehörigkeitsgefühl und stärke letztlich auch das Vertrauen in die staatlichen Autoritäten. Sie erhöhe die Glaubwürdigkeit der Demokratisierungsanstrengungen, belebe den Dialog zwischen lokaler Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und dem Staat und steigere die Investitionsbereitschaft von Unternehmen. Sie mache Korruption durch die erweiterte Transparenz politischer Entscheidungsprozesse vor Ort schwieriger und Anti-Korruptions-Maßnahmen erfolversprechender. Darum stehe man heute vor der scheinbar paradoxen Situation, dass gerade die unterste politische Ebene öffentlichen Handelns in zunehmendem Maße die umfassendsten Antworten auf die komplexesten Herausforderungen gebe. Damit die Dezentralisierung der kommunalen Selbstverwaltung insgesamt zu mehr Vielfalt, mehr Innovation bei der Erbringung von Dienstleistungen für die Bürger führt, seien neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen, nach Meinung von Dr. Dill, vier Voraussetzungen unverzichtbar: eine umfassende Qualifizierung (Professionalisierung) aller Organe der lokalen Selbstverwaltung, eine dynamische Gemeindefinanzierung, die den Kommunen genügend Möglichkeiten zur Erzielung eigener Einnahmen (Steuern, Gebühren, Beiträge) belässt und die sie damit weniger abhängig von staatlichen Transfers macht, Anreize für die Bürger zur Wahrnehmung der ihnen angebotenen Instrumente der politischen Beteiligung, sowie Beschränkung staatlicher Kontrolle auf die Rechtsaufsicht.

Im Rahmen der Konferenz hielt auch ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt und lokaler Selbstverwaltung aus Irland, **Denis Conlan** einen Vortrag und präsentierte die Reformanstrengungen seines Ministeriums. Durch die Zusammenlegung von Städten und Landkreisen wurde die lokale Verwaltung gestärkt, wobei es nicht nur zu finanziellen Einsparungen, sondern auch zu einer

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

ANITA ŠAKIĆ

Oktober 2015

www.kas.de

effizienteren Verwaltung gekommen sei. Lokale Verwaltungen verwandelten sich für die Bürger und Unternehmen immer stärker zu einem "one stop shop", wobei in seinem Land auch in Zukunft eine weitere Dezentralisierung angestrebt werde.

Der Direktor der „Dänischen Regionen“, der sich aus fünf Regionalräten zusammensetzt, **Adam Wolf**, stellte in seinem Vortrag das System der regionalen Verwaltung in Dänemark vor. Das Hauptziel der dortigen Reformen sei die Schaffung von Gemeinden und Regionen, die noch größere Möglichkeiten zur Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen böten. Gleichzeitig würde versucht, durch die umfassendere Übertragung von Aufgaben und Zuständigkeiten an dezentralisierte Behörden deren „service delivery“ zu erleichtern. Allerdings gelte es die verschiedenen Ebenen der Gesundheitsversorgung und Bildung in den Regionen miteinander zu verknüpfen, damit auch die Bürger aus den weniger dicht besiedelten Gebieten, die ihre lokalen Institutionen „verloren hätten“, sich vom Staat und seinen Institutionen noch vertreten sehen.

Die Referentin **Elżbieta Anna Polak** nutzte ihren Vortrag mit dem Titel: „Erfahrungen mit der lokalen Selbstverwaltung in Polen“ um die jüngsten Entwicklungen und Herausforderungen der lokalen Selbstverwaltung in Polen darzustellen. Momentan beschäftigte man sich dort vornehmlich mit der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Industrie, Maßnahmen zur sozialen Integration, mit der Verbreitung von modernen Technologien und mit einer effizienteren Verwaltung. Als die wichtigsten erzielten Fortschritte, führte sie eine verbesserte Infrastruktur, vermehrte Investitionen in Wissenschaft und Innovation und eine größere Konzentration auf Forschung und Entwicklung an.

Der Berater des Regierungsbüros für Verbände, **Luke Margan** stellte das Programm „Europa für Bürger 2014-2020“ vor. Das Programm diene als Werkzeug für die Umsetzung innovativer Modelle der Einbeziehung der Bürger in den Entscheidungsprozess auf lokaler Ebene und derzeit nähmen alle EU-Mitglieder, sowie auch die Beitritts-

kandidatenländer an dem Programm teil. In der vergangenen sechs Jahren (2007-2013) hätte Kroatien an Mitgliedsgebühren 467.5 Mil. Euro in die EU einbezahlt, gleichzeitig aber auch 2,6 Mrd. Euro an Investitionsmitteln erhalten.

In der anschließenden **Paneldiskussion** unter dem Titel: „Ein lokaler Schritt für einen globale Durchbruch“ an der der Präsident der Gemeinschaft der kroatischer Gemeinden, **Tomislav Tolušić**, die Beraterin des Instituts für Entwicklung und internationale Beziehungen, **Dr. Sanja Maleković**, der Professor an der Juristische Fakultät Split, **Mirko Klarić**, der Präsident der kroatischen Delegation im Ausschuss der Regionen der EU, **Nikola Dobroslavvić**, der Vorsitzende der Osijek-Baranja Gemeinde, **Vladimir Šišljagić**, der Sekretär der Osijek-Baranja Gemeinde, **Davor Brunčić** und der Berater im Rat der Gemeinden und Regionen Europas **Boris Tonhauser** teilnahmen, wurde zuerst die Situation der Flüchtlinge in Kroatien, die als ein Spiegelbild der schlechten Koordination der lokalen und staatlichen Ebenen herangezogen wurde diskutiert. **Šišljagić** kritisierte die völlige Fehleinschätzung der staatlichen Ebene. **Tolušić** verwies auf die erwähnten dänischen und polnischen Modelle als gute Beispiele, wie die staatlichen und lokalen Ebenen zusammenarbeiten sollten. **Dobroslavvić** bemerkte, dass man nur mit Hilfe von Dezentralisierung erreichen könne, dass alle Regionen sich in einem Staat gleichmäßig entwickelten. **Maleković** meinte, dass es keinen Grund gebe, kritisch zu sein, denn eine Reihe von Entwicklungsagenturen würden sehr gute Ergebnisse erzielen.

In der folgenden Diskussion mit dem Publikum erinnerte **Klarić** an das französische Modell der Kommunalverwaltung, die schon mehrere Reformversuche hinter sich gebracht hätte. **Brunčić** wies dann darauf hin, dass die lokale Ebene in die kroatische Verfassung nur durch Zufall aufgenommen worden wäre und dass sie deshalb kaum Kompetenzen, Unabhängigkeit und eigene finanzielle Ressourcen hätte. **Tonhauser** meinte dann noch, dass man über Dezentralisierung erst sprechen könne, wenn Bürger Einfluss auf Entscheidungen der lokalen Ebene nehmen könnten.